

Antrag G01: Einführung einer Maschinen- bzw. Robotersteuer

Antragsteller*in:

OV Saarwellingen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag reicht einen Gesetzesvorschlag über
- 2 die Einführung einer Maschinen- bzw. Robotersteuer ein. Des Weiteren soll dieser
- 3 Antrag entsprechend seiner Bedeutung nach Annahme publiziert werden über alle Medien.

Begründung

VW hat im I. Quartal '22 einen Gewinn von über 7 Milliarden Euro gemeldet. BMW meldete über 10 Milliarden Gewinn. Und das sind Zahlen nur für drei Monate!

Durch den Einsatz von immer mehr Maschinen und Robotern fallen viele tausend Arbeitsplätze weg. Dadurch verliert der Staat erhebliche Summen Gelder, die dem Bundeshaushalt entgehen und fehlen. Schon 1972 (!) erwog der damalige OB aus München, Hans Jochen Vogel, SPD, die Einführung einer solchen Besteuerung. Das war damals nicht mehrheitsfähig. Angesichts obiger Ertragszahlen ist es Zeit für einen neuen solchen Vorstoß. Die Steuer soll nicht zu hoch sein, dass sie die Unternehmer abschreckt, aber auch nicht so niedrig, dass sie sozial unverträglich ist. Diese Balance gilt es zu finden.

Die Robotersteuer ist eine Ausprägung der Maschinensteuer, die man wiederum als Wertschöpfungsabgabe begreifen kann. Die Idee ist, den Betrieb, respektive die Arbeit von Robotern, auch Förderbänder gehören dazu, in der Produktion und in anderen Bereichen zu besteuern und die Gelder dem System der Sozialversicherung, sprich insbesondere Bürgergeld und Kindergrundsicherung, zuzuführen. Zugleich ist die Frage, ob im Gegenzug die Arbeit von Menschen steuerlich entlastet werden soll.